

18. Wahlperiode

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion zum

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

Gesetz über den Beauftragten bzw. die Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin (Berliner Aufarbeitungsbeauftragtengesetz – AufarbBG Bln)

Drucksache 18/0416

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Nach der Überschrift wird folgende Präambel eingefügt:

„Präambel

„In Anerkennung des Einsatzes der Berliner Bürgerinnen und Bürger, die mit einer Friedlichen Revolution erfolgreich das Ende der Diktatur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (,SED-Diktatur‘) erreicht und das Fundament für die Entstehung des wiedervereinigten Berlins auf der Grundlage einer demokratischen Verfassung in einem geeinten Deutschland gelegt haben, im mahnenden und ehrenden Gedenken an die Opfer der diktatorischen Herrschaft, insbesondere durch das Wirken des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (,DDR‘) und seiner Vorläuferorganisationen seit der Sowjetischen Besatzungszone bis zur deutschen Wiedervereinigung, in Verantwortung für die Erhaltung eines demokratischen, freiheitlichen und rechtsstaatlichen Landes Berlin für heutige und zukünftige Generationen, hat das Berliner Abgeordnetenhaus das folgende Gesetz beschlossen.“

Begründung:

Die politische Verfolgung durch Unrechtsmaßnahmen wie Überwachung, Inhaftierung, Folter, Zersetzung und Zerstörung der bürgerlichen Existenz war entwürdigend, brachte kaum abschätzbare Leid und hat das Leben vieler Menschen zerstört oder anhaltend beschädigt. Ergänzend zu den einzelnen Bestimmungen des Gesetzes bietet eine Präambel die Möglich-

keit, politisch deutlich zu machen, dass die Aufarbeitung der SED-Diktatur eine bleibende Aufgabe für zukünftige Generationen bleibt. Darüber hinaus würdigt sie auf herausgehobene Art und Weise den mutigen und aufopferungsvollen Einsatz zur Überwindung der SED-Diktatur und das erlittene Leid der Opfer.

Mit dieser Präambel bekennt sich das Land Berlin zu dem begangenen Unrecht, in dem Bewusstsein für die Verantwortung, neuerliches Unrecht zu verhindern.

Berlin, den 6. Juli 2017

Pazderski Trefzer

und die übrigen Mitglieder der Fraktion der AfD